

CDU und FDP sind strikt gegen die Elternmitbestimmung in der Stadt Düsseldorf

Die Elternschaft Düsseldorfer Schulen (EDS) präsentierte sich bei der Podiumsdiskussion gestern Abend im Lessing-Gymnasium als starke Stimme der Düsseldorfer Eltern und Schüler/innen.

Es war die erste große Veranstaltung dieser Art, die von der EDS organisiert wurde. Unter dem Thema „Düsseldorf wächst. Was bedeutet dies für die Düsseldorfer Schul-Landschaft?“ erlebten die zahlreich erschienenen Eltern eine spannende Diskussionsrunde aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen.

Grund für diese Veranstaltung sind die Ergebnisse der intensiven Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Finanzen/Schulentwicklung“, die von dem EDS-Vorstandsmitglied Albert Schröder (Diplom-Ökonom) geleitet wird. Die AG beschäftigt sich u. a. mit Fragestellungen zum Schulentwicklungsplan 2012 bis 2017 sowie mit dem Masterplan Schulen im gleichen Zeitraum 2012 bis 2017.

„Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die heute von Herrn Schröder benannten Daten und Aussagen ausschließlich auf den öffentlich zur Verfügung stehenden Informationen und Angaben der Stadt bzw. denen der einzelnen Ämter beruhen und von ihm zusammengefasst wurden“, erläutert Berit Zalbertus.

Die Moderation der lebhaften Diskussion oblag Daniela Partenzi, freie Journalistin beim WDR. Auch ihr war der Abend ein persönliches Anliegen: „Als ich gefragt wurde, ob ich den Abend moderieren wolle, habe ich selbstverständlich zugesagt. Als Mutter von zwei Schulkindern ist es für mich eine Herzensangelegenheit.“ Und so scheute sie sich nicht, den Fraktionen kritische Fragen zu den unbefriedigenden Zuständen an Düsseldorfer Schulen zu stellen.

Die demographische Entwicklung in Düsseldorf lässt die Kinder- und Schülerzahlen weiter steigen. Derzeit entstehen in Düsseldorf insgesamt ca. 13.600 neue Wohneinheiten, damit ist der Zuzug Tausender weiterer Schulkinder vorprogrammiert. Die Stadt plant wider besseren Wissens keine neuen Schulgebäude, obwohl bereits heute die weiterführenden Schulen aus allen Nähten platzen und mit Klassenstärken von über 30 Schülerinnen und Schülern zurechtkommen müssen.

Speziell der Bereich der Grundschulen muss erweitert werden. Für das Schuljahr 2014/2015 wurden 500 Erstklässler mehr angemeldet als im Vorjahr. Es stellt sich die Frage, wie es dann in den nächsten Jahren aussehen wird, wenn die Stadt und damit die Schülerzahlen weiter wachsen. Mehr als 20 % (d. h. über 1.000 Kinder) der neuen Erstklässler erleben nach den Sommerferien ihren Schulbeginn mit einer Klassenstärke von über 30 Kindern (Richtwert 24) und teilweise in Containern.

Konkret werden im Schuljahr 2014/2015 an 16 Grundschulen Container aufgestellt, um für die Vielzahl der neu angemeldeten Kinder Platz zu schaffen. Diese Entwicklung wird sich weiter verschärfen. Es besteht ein Neubedarf von 76 Klassenräumen für Grundschulen und 230 Klassenräumen für die Schulen der Sekundarstufe 1. Dafür ist bisher nichts im Bau.

Für Berit Zalbertus von der EDS ist die Konsequenz klar: „Wir benötigen in Düsseldorf dringend neue Grundschulen sowie mindestens eine Gesamtschule und ein Gymnasium, um den fehlenden Raum- und Platzbedarf zu decken.“

Dies sehen die anwesenden Politiker der Parteien Die Grünen, SPD, Freie Wähler und Die Linke genauso. Allein die Regierenden von CDU und FDP sind hier anderer Auffassung und sprechen sich zudem noch ganz klar gegen die Elternmitbestimmung aus.

Auf die Abschlussfrage von Daniela Partenzi, wie die Parteien zu einem Sitz im Schulausschuss für die Elternschaft stehen, antworteten die Politiker höchst unterschiedlich:

Mirko Rohloff (FDP) lehnt die Elternmitbestimmung im Rat und im Schulausschuss mit der Begründung ab, die Sitzung dauere schon jetzt mehr als fünf Stunden. Die Container, die er als Modulbauten bezeichnet, empfindet er als eine passable Lösung.

Thomas Geisel (SDP) findet die Elternmitbestimmung wichtig und sinnvoll und spricht sich klar dafür aus. Außerdem moniert er, dass seitens CDU und FDP keine vorausschauende und verantwortungsvolle Politik betrieben werde. Schulen müssten gebaut werden, wenn sie benötigt würden. Der Schulausbau sei die Investition in die Zukunft.

Georg Blanchard (Die Linke) begrüßt die Elternmitbestimmung und ergänzt, dass das Essay von Albert Schröder (EDS) eine hervorragende Arbeit sei. Er verweist darauf, dass das Recht auf Bildung ein Menschenrecht sei. Er erläutert, dass Kinder, die das Gymnasium verlassen müssen, aufgrund von übervollen Klassen in Gesamt- und Realschulbereich in die Hauptschule „abgeschult“ werden.

Florian Tussing (CDU) sieht Verbesserungspotential in der Schullandschaft, findet die Bedingungen in Düsseldorfer Schulen aber im Grunde ausreichend. Er sieht sich als einen gewählten parlamentarischen Vertreter und lehnt aus diesem Grund eine elterliche Mitbestimmung im Rat ab.

Michael Möller (Freie Wähler) fordert einen stimmberechtigten Platz für die EDS im Düsseldorfer Schulausschuss: „Wir brauchen mehr Rückmeldungen von der Basis, um auf schulische Entwicklungen rechtzeitig reagieren zu können.“ Auch er spricht sich für eine weitere Gesamtschule aus.

Miriam Koch (Die Grünen) setzt ganz klar auf Elternmitbestimmung und ist zudem überzeugt, dass es an „Körperverletzung“ grenzt, wenn Kinder aus einer kleinen Grundschulklasse plötzlich in einer Gymnasialklasse mit über 30 Schülern zusammensitzen. Auch sie fordert eine weitere Gesamtschule und ist der Überzeugung, dass hierfür keine Schulden nötig seien, sondern die vorhandenen Gelder anders eingesetzt werden müssten.

„Die vielfältigen Überschreitungen der Richtwerte in Düsseldorf sind für uns und unsere Kinder ungerecht und ein Lernnachteil gegenüber anderen Kommunen, insbesondere gegenüber den demographisch rückläufigen Städten. Dies möchten wir nicht weiter hinnehmen. Wir brauchen dringend mehr Grund- und weiterführende Schulen und einen Sitz im Schulausschuss“, sagt Berit Zalbertus und fügt hinzu: Eine entsprechende Online-Petition haben wir heute gestartet.“

Aufgrund der spannenden und erfolgreichen Podiumsdiskussion plant die EDS bereits eine weitere Veranstaltung, die sich mit dem Thema Inklusion befassen wird.

Die Elternschaft Düsseldorfer Schulen (EDS) ist die gewählte Elternvertretung der Stadt Düsseldorf.

Ziel der EDS ist die nachhaltige überparteiliche Vertretung der vielfältigen Interessen der Eltern Düsseldorfer Schüler, die in einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Schulen, den verschiedenen Ämtern und Gremien der Stadt Düsseldorf erfolgen soll. Dafür haben sich Arbeitsgruppen gebildet, in denen die Basisarbeit geleistet wird.

Mehr über die EDS erfahren Sie unter: www.eds-nrw.de

Hier finden Sie auch ein Essay, das Albert Schröder, Vorstandsmitglied der EDS, als Arbeitspapier zur Podiumsdiskussion erstellt hat.

Die Online-Petition finden Sie unter diesem Link: <https://www.openpetition.de/petition/online/mehr-schulen-bessere-lernbedingungen-und-die-einhaltung-der-klassenfrequenzrichtwerte-an-duesseldorf>